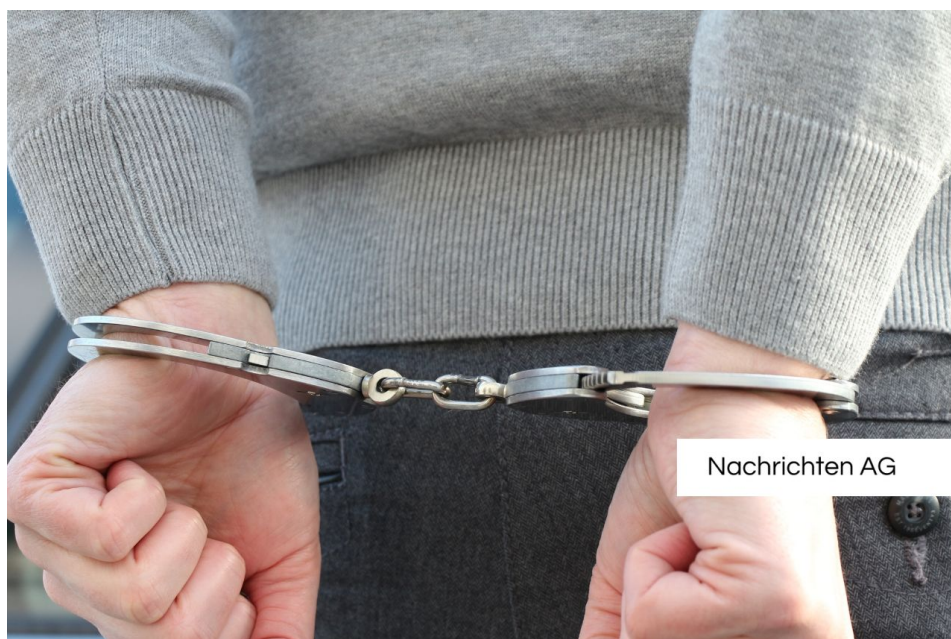


Rechtsextremismus in Österreich: Alarmierende Zahlen fordern Handeln!

Der Verfassungsschutzbericht 2023 zeigt alarmierenden Anstieg rechtsextremer Gewalt in Österreich, fordert schärferes Waffenrecht.



Nachrichten AG

Villach, Österreich - Der Verfassungsschutzbericht aus dem Jahr 2025 bringt beunruhigende Nachrichten über die Entwicklung des Rechtsextremismus in Österreich. Laut dem Bericht ist die Zahl der rechtsextremen Tathandlungen um 23 Prozent gestiegen. Lukas Hammer, Rechtsextremismusspezialist der Grünen, bezeichnet diese Zahlen als alarmierend und warnt vor den damit verbundenen Gefahren für die Demokratie und eine solidarische Gesellschaft. Besonders besorgniserregend ist der Anstieg bei schweren Körperverletzungsdelikten und die Zunahme an Waffenfunden innerhalb der rechtsextremen Szene. Hammer hebt hervor, dass die Freiheitliche Partei (FPÖ) zunehmend als parlamentarischer Arm der extremen Rechten wahrgenommen wird, was ein gefährliches gesellschaftliches

Klima begünstigt.

Die steigende Zahl rechtsextremer Taten hat auch politische Reaktionen hervorgerufen. Agnes Prammer, Sicherheitssprecherin der Grünen, fordert verstärkte Maßnahmen zur Verschärfung des Waffenrechts. So wird kritisiert, dass wichtige Informationen zu Waffenfunden in parlamentarischen Anfragen häufig zurückgehalten werden, was die Möglichkeit einer effektiven Bekämpfung dieser Bedrohungen einschränkt. Der Verfassungsschutz selbst dokumentierte 2023 eine⁵⁴⁴ Neuansiedlung der Bedrohungslage, wobei sich der Rechtsextremismus zuletzt als die größte interne Bedrohung im Land auszeichnete, noch vor Linksextremismus und Islamismus, wie in einer Analyse des Verfassungsschutzes erklärt wird.

Ein Anstieg der Bedrohungslage

Der Rückblick auf 2023 zeigt, dass im Bereich des Rechtsextremismus die Tathandlungen auf 1.486 Fälle angestiegen sind. Damit wird ein Anstieg von 23 Prozent im Vergleich zum Jahr 2022 verzeichnet. Im Kontext der Gefahrenanalyse skizziert Innenminister Gerhard Karner vier zentrale Bedrohungen: Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamismus sowie Spionage und Cyberangriffe. Besonders alarmierend ist die doppelt so hohe Radikalisierung online, die auf über 500 Fälle seit 2022 gestiegen ist, wobei soziale Medien wie Facebook, X (ehemals Twitter), Steam und Telegram als Hauptplattformen für die Verbreitung extremistischer Inhalte fungieren.

Die Radikalisierung findet dabei nicht nur individuell, sondern auch durch kollektive Dynamik statt. Ein Beispiel zeigt sich in der Bildung von Netzwerken, in denen ein 16-jähriger eine Chatgruppe mit 150 Minderjährigen koordinierte und rechtsextreme Inhalte verbreitete. Solche Formen der Vernetzung fördern das Gewaltpotenzial und können in rechtsterroristischen Gewalttaten münden. Der Bericht des

Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) bekräftigt die Rolle des Internets als Motor rechtsextremistischer Radikalisierung. Dies geschieht durch strategische Kommunikation und das Verbreiten ideologischer Inhalte, die an gesellschaftliche Themen angelehnt sind.

Maßnahmen gegen Rechtsextremismus

Um diesem gefährlichen Trend entgegenzuwirken, müssen Sicherheitsbehörden verstärkt in der Detektion und Überwachung extremistischer Netzwerke sowie radikalisierten Personen tätig werden. Die Daten zeigen, dass es bei der Aufklärung von rechtsextremistischen Taten eine Quote von 64 Prozent gibt, während linksextreme Delikte mit nur etwa 10 Prozent aufgeklärt werden. Trotz der Herausforderung im Bereich des Rechtsextremismus bleibt die Aufklärungsquote bei islamistischen Bedrohungen hoch, mit 84 Prozent. Es sind bereits zahlreiche Hausdurchsuchungen und Festnahmen durchgeführt worden, um die Bedrohungen einzudämmen.

Um die Verbreitung extremistischer Inhalte im Internet zu bekämpfen, wird von Seiten der Experten eine nachhaltige Selbstregulierung großer Internetplattformen gefordert. Auch die Zivilgesellschaft und die Online-Community werden in die Verantwortung genommen, Maßnahmen gegen Hass und Hetze aktiv zu unterstützen. Es bleibt abzuwarten, welche weiteren Schritte die politischen Entscheidungsträger unternehmen werden, um die Bedrohung durch Rechtsextremismus in Österreich zu verringern.

Für weitere Details kann der **Verfassungsschutzbericht** sowie die **Analyse zur Bedrohungslage** und die **Broschüre des BfV zur Online-Radikalisierung** herangezogen werden.

Details	
Vorfall	Körperverletzung, Terrorismus

Details	
Ort	Villach, Österreich
Festnahmen	80
Quellen	• www.ots.at • www.kleinezeitung.at • www.verfassungsschutz.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at